

GT
30.11.15

„Keine Windkraft im Spessart“

GT
30.11.15

KREISPARTEITAG CDU Main-Kinzig spricht sich überraschend gegen Ausbau aus / Reul erneuert Kritik an Finanzpolitik der Kreisspitze

MAIN-KINZIG (az). Die CDU Main-Kinzig hat sich auf ihrem Kreisparteitag in Gründau überraschend gegen den Bau von Windrädern im gesamten Naturpark Hessischer Spessart ausgesprochen. Der Ortsverband Bad Orb hatte einen entsprechenden Änderungsantrag zum Parteiprogramm für die Kommunalwahl im März 2016 eingebracht und dafür eine knappe Zustimmung erhalten. Eine von der Parteispitze deutlich allgemeiner gehaltene Formulierung wurde somit durch den Antragstext aus der Kurstadt ersetzt.

„Der Naturpark Spessart sollte zur Erhaltung seiner biologischen Vielfalt, seiner Funktion als Erholungsraum und des Landschaftsbildes sowie zur Stärkung eines naturnahen Tourismus frei von Windkraftanlagen bleiben“, heißt es jetzt im Parteiprogramm. Zudem bekennt sich die CDU Main-Kinzig nicht mehr nur grundsätzlich zur Energiewende, sondern explizit auch für die Reduzierung von Kohlendioxid, die Abschaltung von Kernkraftwerken und dem damit verbundenen Ausbau von regenerativen Energiequellen sowie Maßnahmen zur Einsparung von Energie und zur Steigerung der Energieeffizienz. Die Initiative aus Bad Orb überraschte offenbar manche der 145 Anwesenden: Der Hinweis, dass bei der Abstimmung einigen Mitgliedern nicht klar gewesen sei, über welchen Passus gerade abgestimmt werde, blieb allerdings ungehört. Beibehalten wurde im Programm, dass für die Errichtung neuer, regenerativer Energiequellen wie Windkraft, Biogas und Photovoltaik die Effizienz des Standorts und eine entsprechende Interessensabwägung die Grundlage sein sollen und die Bürger von Anfang an informiert und beteiligt werden.

Noch einmal nachgelegt hat der Kreisratsfraktionschef, Michael Reul, mit seiner Kritik an den Kreisfinanzen: „Sparsam handeln, notwendige Investitionen tätigen“, lautet sein Credo, bei den Kom-



Die Spitzenkandidaten und Abgeordneten der Kreis-CDU erläutern die Eckpunkte des Unions-Wahlprogramms. Foto: Ziegert

munen dürfe aber nicht mit „klebrigen Händen“ zugegriffen werden wie jetzt bei der Schulumlage. Reul fordert zudem eine andere Haushaltsgestaltung. „Entweder kann die Kreisspitze nicht richtig kalkulieren oder es wurde so viel Luft reingeblassen, um genügend Spielraum zu haben“, sagte er angesichts eines zunächst erwarteten Defizits von 20 Millionen Euro und dem inzwischen bekannten Überschuss von 15 Millionen Euro. Für die Haushaltsdebatte am Freitag im Kreistag kündigte er „faire und sachliche Diskussionen“ an.

Auch der Aufnahme von Flüchtlingen widmet sich die CDU Main-Kinzig. „Es ist uns ein großes Anliegen, die teils stark traumatisierten Menschen möglichst optimal unterzubringen“, will man sich weiterhin für eine dezentrale Unterbringung einsetzen. Zugleich stehen die Christdemokraten zum gerade abgeschlossenen Ausbau der zentralen Flüchtlingsunterkunft Hof Reith bei Schlüchtern. „Zudem wer-

den wir uns bei Bund und Land weiter dafür stark machen, dass die Dauer der Asylverfahren verkürzt, konsequent zurückgeführt und eine möglichst auskömmliche, finanzielle Unterstützung geleistet wird“, heißt es hierzu im Parteiprogramm.

Einen weiteren Schwerpunkt will man auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Kreis legen. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Katja Leikert kündigte eine Ausdehnung der Versorgungszentren in ländliche Regionen an, um dem zu erwartenden Hausärztemangel entgegenzuwirken. Neben einem Bekenntnis zu den kreiseigenen Main-Kinzig-Kliniken will sich die Union zudem für flächendeckende Strukturen in der Hospiz- und Palliativversorgung im ambulanten und stationären Bereich einsetzen. Die fehlende Teilnahme des Kreises am „Pakt für den Nachmittag“, der die Betreuung der Grundschulkinder von 7.30 Uhr bis 17 Uhr sichern soll, kritisierte der Landtags-

abgeordnete Hugo Klein und kündigte eine entsprechende Initiative seiner Partei an. Bei der Integration von behinderten Schülern will sich die CDU für Schwerpunktschulen einsetzen. Einen Spagat versucht die CDU beim Frankfurter Flughafen: „Wir wollen den Ausbau.“ Zugleich müssten aber alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Lärm zu verringern, so der Landtagsabgeordnete Heiko Kasseckert. Er sprach sich sowohl für den Bau des Riederwaldtunnels als auch die Nordmainische S-Bahn aus.

„Erst reden, dann bewegen“, drehte der CDU-Kreisvorsitzende Johannes Heger den Slogan der sozialdemokratischen Konkurrenz kurzerhand um und kündigte eine Fortsetzung des Dialogs mit den Bürgern bis zur Kommunalwahl an. Das Ziel bleibt: Am 6. März 2016 will die CDU stärkste Kraft im Kreistag und in den Städten und Kommunen werden.